

## Niederschrift

### öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtvertretung

Sitzungstermin:	<b>Donnerstag, den 24.01.2019</b>
Sitzungsbeginn:	<b>19:00 Uhr</b>
Sitzungsende:	<b>22:00 Uhr</b>
Ort, Raum:	<b>Regionale Schule Rudolf Tarnow, Pausenhalle</b>

Sitzungsnummer: **ST/001/2019**

#### **Anwesend sind:**

##### **SPD**

Frau Heidrun Dräger  
Frau Hannelore Basedow  
Frau Christiane Claußen  
Frau Christine Dyrba  
Herr Heinz Gohsmann  
Herr Karl-Heinz Kruse  
Herr Reinhold Tiede

##### **CDU**

Herr Udo Behnke  
Herr Dirk Bönning  
Herr Lutz Heinrich  
Herr Wolfgang Mieck  
Herr Ralf Seemann  
Herr Sven Thiel

##### **DIE LINKE**

Frau Gudrun Dyrba  
Herr Holger Fritz  
Herr Gregor Kutzner  
Frau Marlies Reimann  
Frau Renate Zettwitz

##### **BfB**

Herr Heino Kühl  
Herr Peter Scholz  
Frau Katharina Wiener  
Herr Rainer Wilmer

##### **NPD**

Herr Sven Uterhardt

**Entschuldigt fehlen:**

**CDU**

Herr Andreas Kunze

Herr Norbert Stern

**Verwaltung**

Frau Marlis Borries-Dettmann

Herr Harald Jäschke

Frau Sandy Mandlik

Herr Jörn Pamperin

Frau Dagmar Poltier

**Gleichstellungsbeauftragte**

Frau Beate Benz

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung
- 3 Bericht des Bürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
- 4 Information der Bürgervorsteherin
- 5 Einwohnerfragestunde
- 6 Anfragen von Mitgliedern der Stadtvertretung, soweit sie nicht zu Tagesordnungspunkten gehören
- 7 Wirtschaftsplan 2019 der Boize-Kino GmbH, Bindung des Vertreters des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung  
Vorlage: 203/18/BM
- 8 Abwasserkonzeption der Stadt Boizenburg/Elbe (Schmutz- und Regenwasserentsorgung)  
Vorlage: 204/18/30
- 9 Information über den Entwicklungsstand des Verkehrsentwicklungsplanes 2030  
Vorlage: 220/18/30
- 10 Wahl der Gemeindegewahlleitung und deren Stellvertretung für die Kommunalwahlen am 26. Mai 2019  
Vorlage: 001/19/20
- 11 Bestimmung der Anzahl der weiteren Mitglieder des Gemeindegewahl Ausschusses für die Kommunalwahlen am 26.05.2019  
Vorlage: 002/19/20
- 12 Kooperationsvereinbarung zur Umsetzung der Schulsozialarbeit  
Vorlage: 005/19/10
- 13 Festlegung von Anzahl und Abgrenzung der Wahlbereiche für die Kommunalwahl am 26. Mai 2019  
Vorlage: 009/19/20
- 22 Wiederherstellung der Öffentlichkeit
- 23 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Sitzungsteil gefassten Beschlüsse  
lt. KV M-V § 31 Abs. 3
- 24 Schließen der Sitzung

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

#### **zu 1 Eröffnung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

Die Sitzung wird um 19.00 Uhr durch die Bürgervorsteherin eröffnet.  
Die Ordnungsmäßigkeit der Ladung wird festgestellt. Zu Sitzungsbeginn sind 21 Stadtvertreterinnen/Stadtvertreter anwesend. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

#### **zu 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung**

Die vorliegende Tagesordnung wird mit einem Abstimmungsergebnis von 21:0:0 genehmigt.

Herr Mieck nimmt an der Sitzung teil, es sind 22 Stadtvertreterinnen/Stadtvertreter anwesend.

#### **zu 3 Bericht des Bürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt**

Der Bericht des Bürgermeisters liegt der Niederschrift als Anlage bei.

#### **zu 4 Information der Bürgervorsteherin**

Frau Dräger teilt mit, dass sie an öffentlichen Veranstaltungen in der Stadt, an denen sie im Berichtszeitraum teilgenommen hat, jeweils die Grüße der Stadtvertretung übermittelt hat. Im Berichtszeitraum hat sie ebenfalls eine Bürgersprechstunde durchgeführt.

#### **zu 5 Einwohnerfragestunde**

Herr Scholz nimmt ab diesem TOP an der Sitzung teil, es sind damit 23 Stadtvertreter stimmberechtigt.

Frau Wittig kritisiert, dass sie die Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 19.11.2019 in der Bürgerinfo auf der Homepage der Stadt Boizenburg/Elbe nicht finden konnte. Sie fragt, wann das möglich sein wird.

Der Bürgermeister führt dazu aus, dass die Verwaltung diesbezüglich im Kontakt ist mit dem Anbieter des Sitzungsprogrammes. Es geht hier um die Behebung eines technischen Fehlers, dessen Ursache bislang nicht geklärt werden konnte. Verwaltungsseitig sind alle Schritte zur Veröffentlichung abgearbeitet worden. Auf die Frage von Frau Wittig, ob die betreffende Niederschrift nachgereicht wird, erklärt der Bürgermeister, dass dies der Fall sein wird, sobald der technische Fehler behoben ist.

Herr Kraft fragt, ob der Verwaltung bekannt ist, dass die Asphaltdecke in der Fritz-Reuter-Straße auf Höhe der Einfahrt zum Amt Boizenburg-Land komplett gerissen ist.

Der Bürgermeister bedankt sich für den Hinweis, die Verwaltung wird sich die geschilderte Situation vor Ort ansehen.

Frau Harder, Lehrerin an der Regionalen Schule „Rudolf Tarnow“, nimmt Bezug auf eine adäquate Formulierung in der SVZ vom 07. September und fragt den Bürgermeister, ob das „positive Bauchgefühl seines Schulleiters“ noch vorhanden ist bei ihm. Nach ihrer eigenen Empfindung ist das nicht mehr der Fall. Sie fragt, wer Kontaktperson in der Verwaltung und für die Schulen verantwortlich ist.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Stelle zwar ausgeschrieben, aber momentan tatsächlich vakant ist. Die Stellenbesetzung wird im Februar, also in absehbarer Zeit erfolgen. Aktuell sind Anliegen bzw. Fragen an den zuständigen Fachbereichsleiter für Finanzen und Soziales zu richten.

Als Betreuerin eines behinderten Schülers, der den Treppenlift nutzen muss, beobachtet Frau Harder an jedem Tag, was es für den Schüler für eine Qual ist, wenn er den Teppenlift benutzen will, zumal dieser häufig auch mal gar nicht funktionstüchtig ist. Auf Nachfrage beim Schulleiter hat sie die Auskunft bekommen, dass der neue Treppenlift evtl. Ostern zur Verfügung stünde.

Weiter führt sie aus, dass mit Schuljahresbeginn die Gaszufuhr im Chemieraum gekappt worden ist. Ein ordentlicher Chemieunterricht ist dadurch kaum noch möglich, da 25 Schüler sich um den Lehrertisch versammeln müssen, da sich hier der einzige noch funktionierende Brenner befindet. Sie fragt, wann dieser Zustand behoben wird. Des Weiteren fragt sie, wann der geplante Anbau (Stelzenbau) an der Schule fertiggestellt sein soll.

Zum Treppenlift gibt Herr Jäschke an, dass die Stadtvertretung in ihrer Sitzung im Dezember entsprechende Mittel bereitgestellt hat, die allerdings mit einem Sperrvermerk versehen wurden. Dieser wird unter der Maßgabe aufgehoben, dass der entsprechende Bewilligungsbescheid dafür vorliegt. Dieser Bewilligungsbescheid ist mittels Schreiben des Innenministers vom 08. November 2018 angekündigt worden. Wenn der Bescheid vorliegt, kann der Auftrag für den Treppenlift ausgelöst werden.

Die Angelegenheit mit dem Chemieraum ist ihm nicht bekannt. Frau Poltier fügt hinzu, dass hierfür Mittel im HH für 2019 vorgesehen sind. Sobald der Haushalt für 2019 in Kraft tritt, kann eine Instandsetzung veranlasst werden.

Bezüglich des Stelzenanbaus hat Herr Jäschke die Information, dass das Land dabei ist, die Finanzierungsfrage für den Anbau zu erörtern. Die Verwaltung ist derzeit mit der Vorbereitung der europaweiten Ausschreibung befasst. Die Planung soll im Laufe des Jahres erstellt werden, sodass in 2020 mit dem Bau begonnen werden könnte. Zur vorgesehenen Übergangslösung mittels Containern führt er noch aus, dass die Statik noch aussteht. Sobald diese vorliegt wird der entsprechende Bauantrag gestellt, der nach seiner Einschätzung relativ schnell beschieden werden kann, da es bereits eine positive Bauvoranfrage gibt. Insofern ist er zuversichtlich, dass bis zum 12. August die zusätzlichen Klassenräume genutzt werden können.

Im Zusammenhang mit dem Brandereignis vom November 2017 im Bollenberg fragt Herr Lingnau, wie der Sachstand ist zu den Maßnahmen, die in der Einwohnerversammlung angekündigt worden waren. Bis heute konnten die Anwohner nichts registrieren, was die Situation im Bollenberg bei einem erneuten Einsatz der Feuerwehr verbessert hätte.

Herr Jäschke antwortet, dass die Lampen an die Hauswände versetzt werden sollen, wozu es auch bereits Vereinbarungen mit einigen Eigentümern gibt. Eine Umsetzung erfolgt aber erst, wenn alle diese Vereinbarung mittragen. Dazu bedarf es noch einige Zeit des Verhan-

delns. Wenn das umgesetzt ist, sind die Gehwege frei und die Feuerwehr kann in den Bollenberg hineinfahren. Eine Änderung der Parksituation lässt sich nicht ohne weiteres herbeiführen, bestehende Regelungen müssten nur eingehalten werden.

Herr Lingnau erinnert an seinen Vorschlag, das Parkverbotsschild in der Einfahrt von der Mühlenstraße in den Bollenberg 10 m zurückzusetzen. Das würde nach seiner Überzeugung zusätzlich Platz schaffen.

Herr Jäschke erwidert, dass es darauf ankommt, dass eine Nutzung der Klingbergstraße möglich ist.

Herr Siebert hatte bereits die mangelnde Beleuchtung an der „Ludwig-Reinhard-Schule“ und im Gewerbegebiet angesprochen. Des Weiteren hatte er das Problem mit den „Gelben Säcken“ angesprochen. Zu diesen beiden Punkten hätte er gerne einen aktuellen Sachstand. Insbesondere die Beleuchtung im OT Bahlen/Bahlendorf, vor allem im Bereich der Bushaltestelle, ist nach wie vor so mangelhaft, dass Menschen, die sich dort bewegen, kaum zu erkennen sind. Er möchte deshalb wissen, wann hier Maßnahmen ergriffen werden, die eine Besserung bewirken.

Der Bürgermeister führt aus, dass es, wie bereits gesagt, mit der Beleuchtung in der Stadt aktuell insgesamt riesige Probleme gibt. Diese gilt es abzuarbeiten, wozu sich die Stadt eines Dienstleisters bedient. Die entsprechenden Aufträge sind erteilt worden.

Was die Frage der „Gelben Säcke“ angeht, hatte man sich in der letzten Sitzung darauf verständigt, dass sich die Mitglieder in der Stadtvertretung, die auch Kreistagsmitglieder sind, der Sache annehmen, da der Abfallwirtschaftsbetrieb eine kreisliche Einrichtung ist.

Herr Bönning meldet sich daraufhin zu Wort und teilt mit, dass das Problem besprochen worden ist. Für den Fall, dass anstelle der Gelben Säcke sogenannte „Gelbe Tonnen“ eingesetzt werden, werden die dadurch entstehenden Kosten nicht unbedingt vom Dualen System „Grüner Punkt“ getragen bzw. bezahlt. In der Folge müssten sie vom Landkreis übernommen werden, was wiederum zu einem Ansteigen der Abfallgebühren führen würde. Im zuständigen Ausschuss des Landkreises wurde weiter darauf hingewiesen, dass dann noch mehr Tonnen stünden bei den Kunden, sprich eine blaue Tonne, eine schwarze, eine braune und eine gelbe Tonne. Die Einführung einer Gelben Tonne ist schon mal diskutiert worden, aber zum jetzigen Zeitpunkt steht sie nicht zur Disposition.

In seiner Frage im Zusammenhang mit den gelben Säcken, konkretisiert Herr Siewert nochmal, dass es ihm darum geht, dass er häufiger beobachtet hat, dass sich der Inhalt der Säcke, die eingerissen waren, über die ganze Straße bzw. den Gehweg verteilt hatte. Er fragt, wer für die Beseitigung sorgt.

Herr Jäschke weist darauf hin, dass diejenigen, die die Säcke abholen, nicht dafür da sind, die Straße zu kehren. Wenn man merkt, dass ein gelber Sack beschädigt ist, ist derjenige, der den Sack abgestellt hat, auch dafür verantwortlich, seinen Müll wieder einzusammeln.

Frau G. Dyrba fügt an, dass es Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt gibt, die ihre gelben Säcke nicht zu den Abfuhrterminen rausstellen, sondern oft auch einen Tag nach dem Abfuhrtermin. Das hat natürlich zur Folge, dass sie dann tagelang herumliegen.

Herr Schlegel möchte wissen, wie es aussieht mit den Vorschlägen des Vereins „Haus & Grund“, die dieser zum Verkehrsentwicklungskonzept abgegeben hatte. Zum Zeitpunkt als die Vorschläge eingereicht worden sind, wurde verwaltungsseitig geäußert, dass sie nicht umsetzbar sind. Er fragt, ob die Absicht besteht, sich damit dennoch weiter zu befassen.

Der Bürgermeister antwortet, dass sich die Verwaltung mit allen Vorschlägen immer wieder befasst. Die Stadt braucht für die Umsetzung die Straßenverkehrsbehörde als Partner, heißt, man muss sich immer wieder mit der Behörde ins Benehmen setzen. Es ist Aufgabe der Stadt, die Verkehrsregelung zu treffen und es ist auch ihre Aufgabe entsprechende Gespräche zu führen und Beschlüsse umzusetzen. Nicht alle Vorschläge lassen sich immer umsetzen. Die Stadt ist dabei, das Stück für Stück abzuarbeiten. Die Stadt ist diesbezüglich im übertragenen Wirkungskreis tätig. Es handelt sich hierbei um eine Aufgabe, die die Stadt gesetzmäßig zu erfüllen hat und bei der sie sich beraten lässt durch die Straßenverkehrsbehörde. Das vor 2 Jahren beschlossene Verkehrskonzept enthält ganz viele positive Vorschläge und die Verwaltung ist gehalten, diese nach und nach umzusetzen, wofür es immer und immer wieder weiterer Gespräche bedarf, weil sich auch die Rechtsprechung in einzelnen Teilen ändert, ebenso wie Meinungen der Straßenverkehrsbehörde.

Herr Foitlänger fragt im Zusammenhang mit dem Verkehrsentwicklungsplan (VEP), ob die Vorschläge des Schulleiternrates der Ludwig-Reinhard-Grundschule dort in Abstimmung mit dem Landkreis eingeflossen sind.

Herr Jäschke antwortet, dass die Verkehrsführung im Bereich der Grundschule maßgeblich von den Planungen für das Grundschulzentrum abhängig sein wird. Die Vorschläge der Eltern werden im Zuge der Planungen mit beachtet.

Frau Poltier fügt ergänzend hinzu, dass Ordnungsamt und Polizei gemeinsam die Situation an der Schule beobachtet haben und Kontrollen durchgeführt haben über einen Zeitraum von 4 Wochen. Dies war kurzfristig möglich, ohne einen großen Aufwand betreiben zu müssen. Diese Kontrollen sollen in diesem Jahr erneut durchgeführt werden, andere Maßnahmen sind kurzfristig nicht möglich. Bei den Kontrollen im letzten Jahr wurde festgestellt, dass es nur einige wenige unvernünftige Eltern gab, die gegen die Straßenverkehrsordnung verstoßen haben durch ihr rechtswidriges Verhalten.

Herr Foitlänger spricht danach die Qualität der Reinigungsleistungen in der Grundschule an und fragt, ob eine Kontrolle des entsprechenden Unternehmens erfolgt von Seiten der Verwaltung. Insbesondere die Toiletten werden nur mangelhaft gereinigt. Nach seinen Informationen hat die Schulleiterin bereits Fotos an die Stadt als Schulträger geschickt, die das belegen, eine Besserung ist nicht eingetreten. Insofern bittet er darum, eine Kontrolle der Reinigungsleistungen zu veranlassen.

Im Zusammenhang mit der neuen Website der Stadt möchte er wissen, ob die Möglichkeit besteht, dass die Stadt auch eine Facebook-Seite startet, um aktiver aufzutreten.

Herr Jäschke führt dazu aus, dass sich verwaltungsintern dagegen ausgesprochen worden ist, sich an social media Angeboten zu beteiligen, da das sehr arbeitsintensiv ist, wenn man den Anspruch hat, immer aktuell zu sein. Hierfür fehlt ihm einfach das Personal.

Herr Böhm nimmt Bezug auf ein Versprechen des Bürgermeisters, dass die Sperrlinie in der Schwartower Straße noch in 2018 gezogen würde. Passiert ist in der Schwartower Straße /Stiftstraße noch nichts, wenn man mal davon absieht, dass damit begonnen worden ist am Grünen Weg.

Die Beleuchtung an der Bushaltestelle im OT Vier, an der die Kinder täglich den Bus nutzen, ist seit Monaten defekt. Er fragt, ob für die Reparatur kein Geld zur Verfügung steht. Nach Meinung von Herrn Böhm ist in den letzten 3 Jahren in Boizenburg aus verkehrstechnischer Sicht nichts an Veränderungen sichtbar. So gibt es beispielsweise noch immer keinen vernünftigen Radweg zwischen Bahnhof und Siedlung und zwischen Stiftstraße und Bahnhof zu den Zügen nach Hamburg, ebenso wenig gibt es einen Geh- und Radweg an der

Quöbbe/Ziegenwiese/Eisen-Heinrich. Es heißt immer nur, dass hier ein B-Plan erforderlich ist. Der Bürgermeister sollte damit aufhören, die zusammenhängenden freien Flächen in der Stadt zu verscherbeln, wie beispielsweise am Hafen und der alten Kläranlage. Diese sollten besser gesellschaftlich genutzt werden können, zum Beispiel in Form eines modernen Sportzentrums, anstatt dauernd Flickschusterei bei den alten und maroden Sportanlagen zu betreiben. Das gleiche gilt für das Vorhaben des Grundschulzentrums, an dessen Stelle mit sehr viel geringeren Kosten die Grundschulen saniert werden könnten. Eine unsinnige Idee ist in seinen Augen auch, dass auf der Albrechtschen Wiese die Sporthalle für das Grundschulzentrum entstehen soll. Er fragt, wie er seiner Tochter und seinen Enkelkindern erklären soll, dass die jetzige Generation ihnen Schulden in Millionenhöhe hinterlässt. In der Verwaltung sollte besser jemand eingestellt werden, der sich mit der Einwerbung von Fördermitteln für Projekte beschäftigt.

Der Bürgermeister entgegnet auf die Ausführungen von Herrn Böhm, dass mit der Markierung der Sperrlinie in der Schwartower Straße begonnen worden ist. Richtig ist, dass das im Winter passiert ist und sie deshalb möglicherweise nicht sehr lange halten wird. Fakt ist aber, dass sie gemacht worden ist, um ein Stückweit die Verkehrssicherheit in diesem Bereich zu erhöhen. Sperrlinien müssten halt manchmal auch öfter nachgebessert werden.

Zur defekten Beleuchtung verweist er auf seine bereits heute dazu gemachten Ausführungen. Es ist bekannt, dass es viele alte und defekte Straßenlampen in der Stadt gibt. Die Dauer der Reparatur liegt nicht am mangelnden Geld, sondern an der fehlenden Kapazität der Firmen, die solche Reparaturen leisten können.

Zum fehlenden Radweg an der Quöbbe merkt er an, dass es tatsächlich so ist, dass im Rahmen des B-Plan Nr. 33 für diesen Bereich eine Erschließung zu machen ist. Er weiß sehr wohl, dass die Situation hier suboptimal ist mit Blick auf den dort befindlichen Kindergarten und die Fußgänger. Dort wird erst nach einer entsprechenden Planung was möglich sein, die Planung ist angestoßen worden.

Bei dem Bau des Grundschulzentrums handelt es sich um einen Beschluss der Stadtvertretung, den die Verwaltung dabei ist, nach und nach umzusetzen. Die Kosten sind bislang in ihrer konkreten Höhe nicht bekannt. Die Sporthalle auf der Albrechtschen Wiese zu bauen ist nur **eine** mögliche Standortvariante. Herr Böhm könne aber davon ausgehen, dass für den Fall, dass das passieren wird, hier Sportanlagen entstehen werden, die dann eine bessere Nutzung erlauben als das in der jetzigen Sporthalle möglich ist, da dann auch Außensportanlagen dabei sein werden.

Zum Punkt der Fördermittelbeschaffung führt er aus, dass er sich nicht daran erinnern kann, dass die Stadt Maßnahmen ohne den Einsatz von Fördermitteln durchgeführt hat.

Auf die Nachfrage von Herrn Siebert, die Straßenbeleuchtung in der Stadt nach und nach auf LED umzurüsten erklärt der Bürgermeister, dass das bereits im Rahmen eines Projektes auf der Siedlung gemacht worden ist. Neu zu installierende Straßenlampen und Leuchten, die jetzt zur Reparatur anstehen, werden ebenfalls auf LED umgerüstet. Das Problem dabei sind die Lampenköpfe, die ausgetauscht werden müssen.

Aufgrund eines Unfalls am Wochenende an der Kreuzung im Bereich der STAR-Tankstelle möchte Herr Siebert wissen, ob an der Stelle ein Kreisverkehr eingerichtet werden kann.

Herr Jäschke sagt dazu, dass versucht worden war, einen Kreis im Zuge der Erneuerung der alten B 5 dort zu installieren. Man musste aber feststellen, dass das im Rahmen dieser Maßnahme nicht umsetzbar war aus unterschiedlichen Gründen. So geht es hierbei um eine Umgestaltungsmaßnahme, keine Sanierung und es fehlten für diese Maßnahme die Förder-

mittel. Zum damaligen Zeitpunkt war es nur möglich, die Abbiegesituation in dem Kreuzungsbereich günstiger zu gestalten bzw. zu entschärfen.

#### zu 6            **Anfragen von Mitgliedern der Stadtvertretung, soweit sie nicht zu Tagesordnungspunkten gehören**

Frau Wiener fragt, ob durch den Personalwechsel von der Stadtinformation in die Zentrale im Stadthaus die Besetzung der Stadtinformation trotzdem abgesichert ist.

Des Weiteren hatte sie bereits mehrfach den Riss in der Bahnhofstraße angesprochen und sie möchte wissen, wie es in der Sache weitergeht. Parallel dazu hat sie festgestellt, dass ein Gullideckel auf Höhe der Familie Zecher massiv klappert, wenn er von Bussen überfahren wird. Nach ihrer Kenntnis haben sich die Anwohner in dieser Sache bereits direkt an den Bürgermeister gewandt. Auch hier ist ihre Frage, ob das behoben werden kann und ob hier noch eine Gewährleistungsfrist läuft. Auf dem Streifen am Rand des Fußweges mit einem gesonderten Oberflächenprofil für Menschen mit Handicap an der Einbiegung zum Weg der Jugend sind mehrere Steine beschädigt. Sie informiert weiterhin über eine Beule im Bürgersteig in Höhe des Grundstücks Große Frehse/Weidestraße, möglicherweise hervorgerufen durch Baumwurzeln.

Herr Jäschke äußert, dass nach seiner Meinung die Gewährleistungsabnahme noch nicht erfolgt ist bzgl. der Straßenbaumaßnahme Bahnhofstraße. Die Verwaltung wird die von Frau Wiener genannten Mängel bei der Abnahme vortragen.

Zum genauen Abnahmetermin kann Frau Poltier jetzt und hier keine genaue Aussage treffen.

Zur Frage der Besetzung der Stadtinformation bestätigt Herr Jäschke, dass einer der beiden Mitarbeiter im Stadthaus tätig ist. Das war erforderlich aufgrund der Inanspruchnahme von Elternzeit durch eine Kollegin im Bürgerbüro. Die Beschäftigung der Mitarbeiterin aus der Touristeninformation ist befristet bis zum November des Jahres. Die dadurch entstandene Lücke, insbesondere in den Sommermonaten, soll durch die Einstellung von 2 Kräften auf 450,- €-Basis kompensiert werden. Dadurch soll vor allem gewährleistet werden, dass die Öffnungszeiten an den Wochenenden abgedeckt werden können. Derzeit wird die Ausschreibung hierfür erarbeitet.

Herr Wilmer nimmt Bezug auf die Fragen in der Einwohnerfragestunde zum Thema Verkehrsregelung in der Stadt. Der Bürgermeister hat darauf verwiesen, dass es sich hierbei um Aufgaben des übertragenen Wirkungsbereiches handelt und sich die Stadt diesbezüglich mit der Straßenverkehrsbehörde beim Landkreis zu verständigen hat. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass es daneben noch eine oberste Verkehrsbehörde gibt. Insofern fragt er, ob die Stadt beabsichtigt, wenn sie sich mit dem Landkreis nicht einigen kann, die oberste Straßenverkehrsbehörde einzuschalten oder weitergehend mit dem Landkreis ins Verwaltungsstreitverfahren zu gehen.

Herr Jäschke geht zuerst einmal davon aus, dass die untere Verkehrsbehörde den Weisungen der oberen Verkehrsbehörde Folge leistet. Man wird die einzelnen Punkte erneut prüfen und muss dann sehen, welche rechtlichen Möglichkeiten ein Verwaltungsstreitverfahren bietet.

Herr Wilmer hat an einer Veranstaltung des „Blitz“ teilgenommen, in der die Frage gestellt worden ist, ob es zum Thema Hort/Kindergärten (Zahl der Anmeldungen, vorhandene Plätze) eine Informationsbroschüre gibt. Es scheint ein gesteigerter Informationsbedarf zu bestehen in dieser Frage von Seiten der betroffenen Eltern. Für den Fall, dass es so etwas gibt, oder von der Stadt angedacht ist (Faltblatt, Flyer), könnte möglicherweise eine Verlin-

kung erfolgen auf die Internetseite der Stadt, auf der dann die Einrichtungen und ihre Träger ersichtlich sind als weitere Information in Bezug auf die Stadt oder den entsprechenden Fachbereich.

Er führt weiter aus, dass am 20. Dezember 2018 eine Mitteilung bzw. Stellungnahme der Kommunalaufsicht bei der Stadt eingegangen ist zum Haushalt Städtebauliches Sondervermögen 2018. Hier sind Ausführungen enthalten, die für die Stadtvertretung insgesamt, die hierüber einen Beschluss gefasst hat, wenig schmeichelhaft sind. Bisher ist eine Verteilung des Schreibens nur für die Fraktionsvorsitzenden und die Bürgervorsteherin vorgesehen. Er fragt, ob eine solche Information nicht an alle Stadtvertreterinnen/Stadtvertreter verteilt werden sollte. Zudem möchte er wissen, warum das erst einen Monat nach Eingang in der Verwaltung übermittelt wird. Als Hinweis bittet er zu betrachten, dass derartige Schreiben, die keine Routineschreiben sind, sondern Beanstandungen in Bezug auf eine Beschlussfassung beinhaltet, wohl wichtige Angelegenheiten sind, über die der Bürgermeister zeitnah informieren kann.

Herr Pamperin räumt ein, dass ihm das zwischen den Feiertagen und dem Jahreswechsel untergegangen ist, Herr Jäschke erklärt, dass das Schreiben an alle Mitglieder der Stadtvertretung verteilt wird.

Herr Tiede weist im Zusammenhang mit dem Unfall in der Berliner/Galliner Straße vor 14 Tagen darauf hin, dass ein Gülletransporter umgekippt ist und dadurch Schäden auf dem Fußgängerweg verursacht hat, die rechtzeitig aufgenommen werden sollten, da hier mit hohen Kosten im Zuge der Schadenbeseitigung zu rechnen sein wird.

zu 7            **Wirtschaftsplan 2019 der Boize-Kino GmbH, Bindung des Vertreters des  
Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung  
Vorlage: 203/18/BM**

Herr Wilmer verweist darauf, dass der TOP in der letzten Sitzung der Stadtvertretung vertagt worden ist, weil der Vorbericht erst am Abend der Sitzung zur Verfügung gestellt wurde. Zu diesem Vorbericht hat er 2 Fragen:

Hierin steht, dass geplant ist, den Verlust auszugleichen, indem aus dem Nachtragshaushalt der Stadt 10,0 T€ beantragt wurden und der weitere Fehlbetrag aus dem Betriebsvermögen der Boize-Kino GmbH entnommen werden soll. Das versteht er nicht, weil es seit Jahren keinen Nachtragshaushalt der Stadt gegeben hat. Außerdem fragt er, was die Aussage bedeutet, dass der weitere Fehlbetrag aus dem Betriebsvermögen entnommen werden soll.

Herr Jäschke merkt hierzu an, dass er über diese Aussagen noch einmal mit dem Geschäftsführer reden muss. Einen Nachtragshaushalt der Stadt gibt es nicht. Zur Entnahme aus dem Betriebsvermögen äußert er, dass das Kino aus vorherigen Jahren noch Reste aus nicht verbrauchten Zuschüssen hat.

Herr Wilmer beantragt aufgrund der nicht zu klärenden Aussagen im Vorbericht erneut die Vertagung dieser Angelegenheit und eine erneute Vorberatung im Finanzausschuss, bevor der Wirtschaftsplan wieder auf die Tagesordnung der Stadtvertretung gesetzt wird.

**Abstimmungsergebnis** zum Antrag auf Vertagung:            **14:6:3**

**Die Vorlage ist damit vertagt.**



ße.. Wenn das geändert werden soll, kann es passieren, dass die Stadt Fördermittel zurückzahlen muss.

Frau Wiener widerspricht dieser Aussage. Nach ihrer Kenntnis war die Auflage, dass die Verbindung zur Bahnhofstraße nicht bestehen bleiben kann, deshalb ist hier auch die Stufe wieder eingebaut worden. Die Einbahnstraßenregelung bezog sich damals auf die gesamte Straße und wurde dann später nur noch für eine Teilstrecke eingerichtet.

Sie bittet darum, dass sich die Verwaltung in dieser Frage noch einmal kundig macht.

Wenn man den Punkt Nr. 7 – Schutzstreifen Radfahrer Metlitz-Heide – vergleicht mit dem Punkt 11 – Schutzstreifen für Radfahrer auf der Stiftstraße - , stellt sich für sie die Frage, ob die Straße unter Punkt 7 die nötige Breite aufweist, um den Anforderungen zu genügen. Nach ihrer Meinung müsste sie mehr als 11 m Breite haben.

Herr Kühl hat bereits vor einem Jahr darauf hingewiesen, dass er die Regelung An den Behnsen widersinnig findet und bereits zu diesem Zeitpunkt konnte man ihm dafür keine schlüssige Erklärung geben. Diese Regelung führt dazu, dass Anwohner und Bürgerinnen/Bürger, die in dem Bereich Geflügelzucht etc. betreiben in die Straße reinfahren können und nur durch die Weidestraße beispielsweise wieder zurückfahren können, was ein Umweg ist, der nicht nachvollziehbar ist.

Herr Behnke weist darauf hin, dass viele Maßnahmen des VEP sich negativ auf die verkehrstechnische Anbindung der Feuerwache auswirken. Deshalb sollte man sich sehr genau überlegen, ob man eine leistungsfähige Feuerwehr haben will oder nicht. Seine Frage an den Planer, ob das mit in Erwägung gezogen worden ist, hat dieser zum damaligen Zeitpunkt klar verneint. Er bittet deshalb darum, dass das zukünftig, wenn es um planerische Aufgaben geht, berücksichtigt wird.

Frau Wiener weist auf den Punkt 5 – Beschilderung 30 km/h in Gothmann – hin. Dort steht, dass eine Unterstützung durch einen externen Berater vorgesehen ist, wie bei einigen anderen Punkten ebenfalls. Sie versteht nicht, was der externe Berater hier machen soll und möchte das erklärt haben.

Frau Poltier antwortet, dass in diesen Fällen eine gesamte Bestandsaufnahme erfolgen muss, um daraus folgend in den Fachausschüssen zu beraten, welche Änderungen vorgenommen werden sollen. Diese Abstimmungen und Änderungsvorschläge werden dann nicht nur unter verkehrstechnischen Gesichtspunkten geprüft bzw. an die zuständigen Stellen weitergeleitet. Dabei sollen auch die Anwohner einbezogen werden in den entsprechenden Beratungsveranstaltungen. Aufgabe des externen Beraters wird dann sein, die Verwaltung dabei zu unterstützen.

Frau Wiener sieht das ein in Fällen, wo es um komplexe Bereiche geht, im Ort Gothmann ist die Situation aber nach ihrer Auffassung relativ überschaubar, auch was die Straßen dort angeht.

Herr Scholz möchte wissen, ob die geplanten 50,0 T€ vorgesehen sind für die Gesamtmaßnahme, oder ob diese Summe gilt für jede Einzelmaßnahme.

Frau Poltier erklärt, dass es sich hierbei um die Gesamtsumme für mittelfristig vorgesehene Maßnahmen handelt.

**Vorlage: 001/19/20**

**Beschluss: 001/19/20**

Die Stadtvertretung der Stadt Boizenburg/Elbe wählt für die am 26. Mai 2019 stattfindenden Kommunalwahlen Herrn Harald Jäschke zum Gemeindevorstand und Frau Sandy Mandlik zur stellvertretenden Gemeindevorstandlerin.

**Abstimmungsergebnis:** 23:0:0

**zu 11 Bestimmung der Anzahl der weiteren Mitglieder des Gemeindevorstandsausschusses für die Kommunalwahlen am 26.05.2019**

**Vorlage: 002/19/20**

Herr Wilmer stellt den **Antrag**, 5 statt 4 weitere Mitglieder in den Gemeindevorstandsausschuss zu berufen.

**Abstimmungsergebnis** zum Antrag: 22:1:0

**Der Antrag ist angenommen.**

**Beschluss: 002/19/20**

Die Stadtvertretung der Stadt Boizenburg/Elbe beschließt, im Gemeindevorstandsausschuss für die Kommunalwahlen am 26. Mai 2019 fünf weitere Mitglieder zu berufen

**Abstimmungsergebnis:** 22:0:1

**zu 12 Kooperationsvereinbarung zur Umsetzung der Schulsozialarbeit**

**Vorlage: 005/19/10**

**Beschluss: 005/19/10**

Die Stadtvertretung der Stadt Boizenburg/Elbe beschließt die Kooperationsvereinbarungen zur Umsetzung der Schulsozialarbeit an den beiden Grundschulen und der Regionalen Schule mit dem Landkreis Ludwigslust-Parchim, den Schulen und dem Projektträger Internationaler Bund.

**Abstimmungsergebnis:** 23:0:0

**zu 13 Festlegung von Anzahl und Abgrenzung der Wahlbereiche für die Kommunalwahl am 26. Mai 2019**

**Vorlage: 009/19/20**

**Beschluss: 009/19/20**

Die Stadtvertretung der Stadt Boizenburg/Elbe beschließt, das Wahlgebiet der Stadt Boizenburg/Elbe bei der Wahl der Stadtvertretung im Jahr 2019 nicht in mehrere Wahlbereiche einzuteilen.

**Abstimmungsergebnis: 23:0:0**

Die Sitzung wird für eine Pause von 10 Minuten unterbrochen.

**zu 22 Wiederherstellung der Öffentlichkeit**

Die Bürgervorsteherin stellt die Öffentlichkeit der Sitzung wieder her.

**zu 23 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Sitzungsteil gefassten Beschlüsse  
lt. KV M-V § 31 Abs. 3**

Die Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Sitzungsteil werden durch die Bürgervorsteherin bekanntgegeben.

**zu 24 Schließen der Sitzung**

Die Bürgervorsteherin schließt die Sitzung um 22.00 Uhr.

Für die Richtigkeit:

Datum: 06.07.22

gez.: Marlis Borries-Dettmann  
Protokollführerin